

Die schwäbische Hausfrau Merkel oder:

## **Wie viele Schulden darf ein Staat machen?**

Zum Unterschied zwischen den Staatsschulden und den Schulden einer Familie

Eine nur scheinbar richtige, politische Antwort auf diese Frage hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag 2008 in Stuttgart gegeben, in dem sie das Bild der sparsamen schwäbische Hausfrau als Vorbild für das staatliches Wirtschaften der Regierung so malte: „Man hätte hier in Stuttgart, in Baden-Württemberg einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt, die da lautet: ‘Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben’.

Dieses Bild von der privaten Haushaltsführung in einer Familie ist genauso eingängig wie falsch. Frau Merkels Lebensweisheit hat aber trotzdem eine enorme politische Wirkungsweise entfaltet. Ihre scheinbare Wahrheit ist bis heute noch das volkstümlichste und wirkungsvollste Argument für jegliche staatliche Sparpolitik: Auf Bund- und Länderebene wird es zur Begründung von rigiden Haushaltssparmaßnahmen genauso erfolgreich eingesetzt wie in den Kreis- und Gemeindeparlamenten. Der dadurch bis heute für große Teile der Bevölkerung angerichtete Schaden ist immens. Wir können es am Zustand vieler Straßen sehen.

Von der Sachebene her betrachtet (und auch von den politischen Notwendigkeiten her) wird mit dem Bild bewusst eine Falschmeldung in die Welt gesetzt. Politisch gesehen war das aber ein genialer Schachzug.

Das „Schwäbische Hausfrauen-Argument“ wirkt bis heute noch und wird dadurch verfestigt, dass nach einer Umfrage des Magazins Stern von Anfang August 2011 die Staatsverschuldung die größte Sorge der Deutschen war.<sup>1</sup>

## **Das Märchen von der schwäbischen Hausfrau**

Man kann den Haushalt einer Familie nicht mit einem Staatshaushalt in Bund, Land, Kreis oder Gemeinde vergleichen.

**Ein wesentlicher Unterschied** zwischen Staats- und Familienhaushalt besteht darin, dass beim Staat neue Einnahmen durch einsteigendes Steueraufkommen entstehen, wenn er seine Schuldensumme erhöht, um über Kredite Investitionen zu finanzieren. Die Staatseinnahmen steigen durch diese Investitionsausgaben des Staates mittel und langfristig.

Bei einer Familie entstehen durch die Aufnahme von Schulden für zusätzliche Ausgaben bzw. Käufe keine neuen Einnahmen. Die monatlichen Löhne und Gehälter werden dadurch nicht verändert. Es steht auch mittelfristig weniger Geld für die Familie zur Verfügung. Was einmal ausgegeben wurde, das ist weg.

Wenn ein privater Haushalt z. B. eine Waschmaschine kauft und dafür einen Konsumentenkredit aufnimmt, dann muss er diese Waschmaschine am Ende teurer bezahlen als wenn er sie von seinen laufenden Einnahmen oder von angespartem Geld bezahlt. Der „Preis“ für den vorgezogenen Konsum und natürlich die Freude an dem gekauften Produkt sind die bis zur vollständigen Rückzahlung des Kredites zu zahlenden Zinsen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Stephan Kaufmann, Ingo Stützle. Ist die ganze Welt bald pleite? Staatsverschuldung: Was sie ist, und wie sie funktioniert. luxemburg argumente Nr. 1/2011, Hrsg. Rosa Luxemburg Stiftung ,3. Korr. Aufl., Berlin 2012, S. 2.

Der Haushalt spart im Falle einer Kreditzahlung nicht erst die benötigte Geldsumme an, sondern „zieht das Sparen“, um den Preis der Zinsbelastung vor.

Bei der Aufnahme von Schulden sind die Zielrichtungen von Staat und Familie deshalb unterschiedlich. Auch lassen sich Staatsschulden und Schulden einer Familie nicht miteinander vergleichen.

Die Familie konsumiert zum eigenen Nutzen und Vorteil. Der Staat nimmt Schulden auf, um die Grundversorgung seiner Bürger sicherzustellen. Er investiert in Straßen, Schulen, Universitäten, Militär oder Telekommunikationsinfrastruktur. Er verbessert damit die Lebensbedingungen seiner Bürger genauso wie die Standortbedingungen von Unternehmen.

In Krisenzeiten hat der Staat die Aufgabe, über durch Schulden finanzierte Investitionen (das sog. Defizit Spending) das Wirtschaftswachstum zu anzukurbeln. Die Förderung von Wirtschaftswachstum ist eines der Ziele, die im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ (StabG) vom 8. Juni 1967 festgeschrieben sind. Diese Ziele sind jeder Bundesregierung vorgegeben und bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen zu beachten.

Ein Denkansatz ist bei der Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik eines Staates auch, dass in Zeiten einer Wirtschaftskrise durch über Schulden finanzierte Staatsausgaben eine Stärkung der gesellschaftlichen Nachfrage erfolgt, so dass eine Wirtschaftskrise schneller überwunden werden kann.

Schlussfolgerung:

Da lohnt es sich schon, darüber nachzudenken,

**warum man uns glauben machen will**, dass es keinen Unterschied gibt zwischen den Staatsschulden und den Schulden einer Familie.

Und es lohnt sich schon, darüber nachzudenken,

**wer** einen sichtbaren, **wirklichen und direkt zu realisierenden** Vorteil von diesen neuen Spielregeln für den Umgang mit Schulden und den sich daraus ergebenden betriebswirtschaftlich logischen Schlussfolgerungen hat.

Wenn man den ihnen zugrunde liegenden Annahmen der aktuell dominierenden Wirtschaftstheorie erst einmal zugestimmt hat, dann ist man in deren Korsett gefangen. Es ist wie bei einem Spiel, bei einem Wettkampf: Wer die Spielregeln bestimmt, der hat den Vorteil eindeutig auf seiner Seite. Wer ein Gutachten bezahlt, der kennt bereits das Ergebnis.

Und es lohnt sich auch, darüber nachzudenken,

**welche Auswirkungen** dieses Denken für die Grundversorgung unserer Gesellschaft, die der Staat zu leisten hat, hat, bei: der Wasserversorgung, Energieversorgung, beim Straßenbau und der Mobilität, bei Bildung, Renten, Steuern und Abgaben, usw.

Manfred. Küter

07.09.2017

Reiter: Umwelt & Wirtschaft

Unterreiter: Wirtschaft (nach Datum sortiert)

Unterreiter: ---

Zusätzlich einzustellen unter dem Reiter + dem Stichwort:

A-Z / H / Zur Höhe von Staatsschulden

und

A-Z / S / Die schwäbische Hausfrau und die Staatsschulden